Kreissynode Herne am 30. November 2024

Bericht Superintendentin Claudia Reifenberger

Berichtszeitraum: Kalenderjahr 2024

Vorbemerkungen

Heute geht der November zu Ende mit seinen ernsten Gedenktagen.

Sie haben unseren Blick darauf gelenkt, dass alles, was wir tun und unterlassen vorläufig ist und unser Leben vergänglich. Vergänglich ist unsere ganze Welt, vorläufig und vergänglich ist auch die Gestalt der Kirche, die ihren Ort in dieser Welt hat und die gerade darum eine Organisationsform und Strukturen ausbilden muss.

Damit werden wir uns auch heute zu beschäftigen haben.

Darum gibt es Synoden.

Zu den fest verankerten Gedenktagen, die die Melodie unseres Lebens ohnehin dunkler färben, kamen noch die besonderen Novembertage dieses Jahres: der 5. November mit der US-Wahl, aus der Donald Trump als Sieger und designierter 47. Präsident der USA hervorging. Und der Bruch der Ampelkoalition am 6. November mit seinen Effekten für das politische (Nicht-) Handeln bis zu den Neuwahlen.

Wie ein Basso continuo liegen die Meldungen über den Krieg, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine und die Konflikte im Nahen Osten unter der Lebensmelodie in Moll.

Novemberstimmung 2024.

Auch das Kirchenjahr geht heute zu Ende.

Und zum Ende des Kirchenjahres, beginnend mit dem drittletzten Sonntag des Kirchenjahres vor mehr als drei Wochen, gehört das Bedenken des Endes von allem.

In den Bibeltexten, die besonders am Ende des Kirchenjahres bedacht werden, findet sich die Formulierung "in den letzten Tagen"...

Diese Wendung ist in der christlichen Theologie zu einer Chiffre geworden,

zu einer Art Kurzformel für ein dogmatisches Lehrstück:

die Eschatologie. Wörtlich: die Lehre vom Letzten.

Das ist sowohl zeitlich zu verstehen: die letzten Tage, als auch sachlich: die letzten Dinge.

Christliche Eschatologie gibt Antwort auf die Fragen:

Worauf läuft alles hinaus? - und:

Was liegt dem allen zugrunde?

Schon die alttestamentliche Prophetie (z.B. Micha 4, 1-5, Predigttext am drittletzten Sonntag im Kirchenjahr) zeigt auf: Gott selbst gibt die Antworten auf diese Fragen und diese Antworten lassen sich in einem Wort zusammenfassen: **Frieden.**

Darin ist auch unsere christliche Hoffnung begründet.

Allerdings: Die Weltgeschichte läuft, wie wir "in den letzten Tagen" noch einmal deutlich vor Augen geführt bekommen, nicht von sich aus und automatisch auf das Reich Gottes zu, das Jesus im Evangelium für den letzten Sonntag im Kirchenjahr mit zehn Jungfrauen vergleicht, die zu einer Hochzeit eingeladen sind.

Nur fünf von ihnen konnten in der Dunkelheit der Nacht dem Bräutigam entgegengehen und auch tatsächlich das Fest mitfeiern.

Das Öl, das sie für ihre Lampen mitgenommen haben, reicht gerade für sie aus, um den Weg zu erhellen, der sie dann gemeinsam mit dem Brautzug in den Festsaal führt. Die Tür für die, deren Lampen erloschen sind, weil sie zwischenzeitlich zu träge geworden waren, um sich mit Öl zu bevorraten, wird verschlossen.

Eine sehr, sehr finstere Hochzeit am Ende des Kirchenjahres.

Ist die Summe der Eindrücke, die den November 2024 ausmachen, nicht insgesamt einfach zu viel?

Und verstärken sich die unterschiedlichen Eindrücke nicht gegenseitig so, dass wir zu dem Ergebnis kommen müssten: "es geht doch alles eh den Bach runter?"

Nahrung für die christliche Existenz und Energie für das synodale Arbeiten schöpfe ich genau aus dem Gleichnis mit den zehn Jungfrauen. Die Deutung eines Journalisten hat mir dazu verholfen:

"Ich dachte immer, die Naturwissenschaft musste erst mit dem Glauben brechen, um modern zu werden, aber so simpel war es nicht. In mehreren faszinierenden Büchern erzählt der Historiker Johannes Fried, wie sich Europas wissenschaftliche Stärke aus der Obsession mit dem Weltuntergang heraus entwickelt hat.

Das apokalyptische Denken, wie Fried es beschreibt, war eben nicht nur Sache der Irren und Verbohrten. Sondern der optimistischen Eliten. Die Zeiten waren immer schlecht, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft war immer da. Das göttliche Gericht würde kommen, und um zu den Bewohnern der Himmelsstadt zu gehören, musste man sich um sein Seelenheil kümmern, musste handeln im Sinne von Jesus Christus. Je schneller, desto besser, die Zeit war ja nah. Man lebte quasi im Modus der Deadline. Gründete Universitäten, Krankenhäuser, Armenstiftungen. `Die Erwartung des Weltuntergangs', schreibt der Historiker Fried, `mündete in segensreiche Weltgestaltung`."

Auf den Punkt gebracht: hätten die fünf klugen Jungfrauen ihr Öl mit den anderen geteilt - und man könnte ja denken, das sei die christlich angemessene Deutung - alle Lampen wären erloschen. Für keine von ihnen wäre der Weg zum Bräutigam erhellt worden und für keine hätte es eine Hochzeit gegeben.

Alles wäre im Dunkel versunken.

Novemberstimmung 2024.

Die Zeichen der Verdunklung sind aber gerade *nicht* dazu angetan Christinnen und Christen zu ermüden oder resignieren zu lassen, vielmehr sind sie der Motor dafür, Licht in die Welt zu tragen.

Und wer, wenn nicht wir, die die ihre Hoffnung auf den gründen, der von sich sagt: "Ich bin das Licht der Welt", sollte das sein?

Je mehr wir das Licht streuen, desto besser.

Trotz und wegen der Novemberstimmung, die sich längst nicht nur auf den November beschränkt.

Die "segensreiche Weltgestaltung", das ist unser Auftrag. Und dem muss alles synodale Handeln verpflichtet sein!

¹ Henk, Malte, Die Zeit ist nah! Aus: ZEIT Nr. 40/2020

I. Erinnerungsstationen 2024 – und was die Kirche damit zu tun hat

An zwei entscheidende Daten aus dem zurückliegenden Jahr möchte ich heute Morgen erinnern:

75 Jahre Grundgesetz. Die Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland mit ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat uns in einem Dreivierteljahrhundert ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ermöglicht.

Das allein ist bemerkenswert genug, um sie zu würdigen und zu feiern.

Sie macht uns aber auch deutlich, dass unser Gemeinwesen auf Grundprinzipien aufbaut, die einerseits auf leidvollen Erfahrungen der Vorgeschichte beruhen, gleichzeitig aber auch Auftrag sind, sie in den wechselvollen Phasen der weiteren Geschichte zu schützen. Aktuell gerät unsere Demokratie vor dem Hintergrund der multiplen Krisen in unserer Gesellschaft und der globalpolitischen Lage spürbar unter Druck.

Es wächst die Zahl derer, gerade in der jüngeren Bevölkerung, die von der Demokratie keine Lösung der Probleme mehr erwartet.

Die vergangenen Wahlen zeigen, dass die AfD besonders bei jungen Menschen populär ist. Als Ursachen werden unter anderem Verunsicherung und fehlende Teilhabe genannt.

Umso deutlicher muss deshalb gemacht werden, dass unser demokratisches Staatswesen den Erfahrungen von Totalitarismus und tiefster Beschädigung der Menschenwürde abgerungen ist. Es kann in keinster Weise erstrebenswert sein, in diese Zeiten zurückzufallen und erneut einer völkischen Idee von nationalistischer Abschottung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu folgen.

Die Demonstrationen zur Verteidigung der Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu Jahresbeginn, die auch im Kirchenkreis Herne, zuerst in Castrop-Rauxel und dann auch in Herne stattfanden, waren ein ermutigendes Zeichen. Viele Menschen aus unseren Kirchengemeinden haben sich an den zivilgesellschaftlichen Aufrufen zu den Kundgebungen in beiden Städten beteiligt.

Ich unterstützte auch ausdrücklich Veranstaltungsformate wie das Politikergrillen der *Partnerschaft für Demokratie (PfD)* in Herne, an der das Jugendreferat des Kirchenkreises aktiv beteiligt ist.

Es ist deutlich: Demokratie braucht die wirksame Unterstützung und das Bekenntnis der Bevölkerung. Noch mehr braucht sie allerdings die aktive Beteiligung. Demokratische Verantwortung muss auch wahrgenommen werden durch passives und aktives Wahlrecht. Auch die Kirche ist Demokratieträgerin. In ihrer presbyterial-synodalen Struktur bildet sich ein Demokratieideal ab, das wir nicht geringachten sollten.

Wir haben uns im kirchlichen Bereich allerdings mittlerweile - zumindest hier und da - schon angewöhnt, diese basisdemokratischen Strukturen zu problematisieren und in Frage zu stellen. So erscheinen uns Stellungnahmeverfahren zur Diskussion in Presbyterien und synodalen Gremien manchmal zu langwierig, zu umständlich und darum hinderlich im notwendigen Transformationsprozess unserer Kirche. Wenn wir sie aber immer mehr begrenzen und Entscheidungen auf immer größere und höhere Ebenen verlagern, nehmen wir uns die Möglichkeit, uns in der direkten Übernahme von Verantwortung mit den Themen uns zu identifizieren und am kirchlichen Handeln direkt mitzuwirken.

Auch eine kleiner werdende Kirche wird auf eine breite Mitwirkungsbasis angewiesen sein. Wir müssen aufpassen, dass wir sie uns nicht selbst beschädigen durch vorschnelle

Wegnahme von Verantwortung, wo diese noch aktiv und wirkungsvoll gelebt sein will.

Ein zweites Datum ist das **90-jährige Jubiläum der Barmer Theologischen Erklärung**. Am 31. Mai 1934 einigten sich die 139 Delegierten der Bekenntnissynode von Barmen auf die sechs Thesen eines theologischen Grundsatztextes, der bis heute in unsere Kirche hineinwirkt, weil er nach dem Krieg in alle Kirchenverfassungen der neugegründeten Landeskirchen eingeflossen ist.

Die Ordnung unserer *Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW)* verweist in ihrem zweiten Grundartikel auf die Theologische Erklärung von Barmen als eine für den Dienst der Kirche verbindliche Bezeugung des Evangeliums. Bis heute werden alle Pfarrerinnen und Pfarrer der EKvW bei ihrer Ordination auf diese Erklärung verpflichtet.

Zum 90-jährigen Jubiläum ist die *Barmer Theologische Erklärung* mehr als nur eine historische Reminiszenz. Sie verweist die Kirche auf ihren Kernauftrag und mahnt zugleich, wann im Sinne des Evangeliums Widerspruch notwendig wird.

In den sechs prägnant formulierten Thesen verwahrte sie sich seinerzeit gegen den totalitären Anspruch des Staates gegen die Kirche und stellte den Auftrag des Evangeliums in den Mittelpunkt. Ein Zeugnis des kirchlichen Widerstands ist die *Barmer Theologische Erklärung* sicherlich nicht. Aber sie warnt die Kirche bis heute vor der unkritischen Übernahme von Zeitgeist-Strömungen, die die Kirche von ihrer Sache ablenken: "Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben" (These 1).

Gegenüber dem Staat, der "nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichem Vermögen unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen" hat, übernimmt die Kirche ein wichtiges Wächteramt. Denn sie "erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten" (These 5).

In einem immer säkularer werdenden Staat mit zunehmender religiöser und weltanschaulicher Pluralität und Gleichgültigkeit, wird das allerdings zu einer immer größeren Herausforderung. Denn wenn immer weniger Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzungen der jüdisch-christlichen Tradition teilen, gehen auch dem Staat wichtige Grundlagen verloren, die für sein Selbstverständnis konstitutiv sind.

Nach dem berühmten Wort des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, lebt der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann².

Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass nach christlichem Verständnis die Menschenwürde, zu deren Wahrung das Grundgesetz in Artikel 1 den Staat verpflichtet, nicht nach Gutdünken zuerkannt oder genommen werden kann, weil sie aller menschlichen Setzung vorausläuft.

Die Menschenwürde ist nach biblischem Verständnis vielmehr durch Gottes Zuspruch gegeben, sie entzieht sich aller menschlichen Verfügung und ist gerade darum unantastbar.

Was das Grundgesetz also mehr oder weniger stillschweigend als Werterahmen voraussetzt, ist von kirchlicher Seite immer wieder bekanntzumachen und auszudeuten.

Das sollte die Kirche aber auch *kräftig tun* und sich in öffentliche Debatten einmischen –

² Böckenförde-Diktum: https://verfassungsblog.de/das-boeckenfoerde-diktum/

insbesondere dann, wenn die Menschenwürde durch demokratiefeindliche Tendenzen oder auch durch opportun erscheinende gesamteuropäische Entscheidungen - wie aktuell etwa in der Flüchtlingspolitik - bedroht ist.

Der frühere NRW-Ministerpräsident Armin Laschet äußerte vor einigen Monaten, dass er es bedauerlich finde, "dass die christlichen Kirchen die Aufgabe, unserer demokratischen Gesellschaft durch Wertevermittlung Orientierung zu geben, nicht mehr so erfüllen, wie das erforderlich wäre".

Aus seiner Sicht beschäftigen sich die Kirchen zu viel mit sich selbst. In Zeiten einer eklatanten gesellschaftlichen Spaltung wäre die Stimme der Kirche aber wichtig. "Die Kirchen fehlen. Ich bedaure das sehr"³, meinte er.

Bundespräsident Steinmeier äußerte sich auf dem Katholikentag in Erfurt ähnlich.

Ungeachtet, ob man diese Analyse eines entstandenen Vakuums teilt oder nicht, ist die kritische Anfrage, ob wir aktuell nicht zu viel mit uns selbst beschäftigt sind, zu hören und ernst zu nehmen.

Andererseits sind die Probleme, vor denen wir als Kirche stehen, auch nicht zu verachten.

II. Die Krise als Normalzustand

Fast auf den Tag genau vor vier Jahren, am 1. Dezember 2020, habe ich mein Amt als Superintendentin angetreten. Ein stiller Antritt mitten in der Corona-Zeit, einem Einschnitt, der in Kirche und Gesellschaft Narben hinterlassen hat.

Das Amt kenne ich von Beginn an ausschließlich im Krisenmodus.

Allen Negativprognosen um Mitgliederschwund und Finanzkraftverlust zum Trotz, die mich begleiten, seit ich in der Kirche mitarbeite, konnte der vorhergesagte Abwärtstrend in der Zeit bis zur Ausbreitung der Corona-Pandemie noch abgewendet werden.

Die Konjunkturlage war so günstig, dass sie der Kirche, trotzdem sie kleiner wurde, unerwartete Kirchensteuermehreinnahmen beschert hat. Dadurch konnte auch im Kirchenkreis Herne und in den Kirchengemeinden in Stetigkeit weitergeführt werden, was allen wichtig erscheint.

Seit 2020 aber hat sich das Blatt merklich gewendet.

Seitdem ist Dauerkrise angesagt.

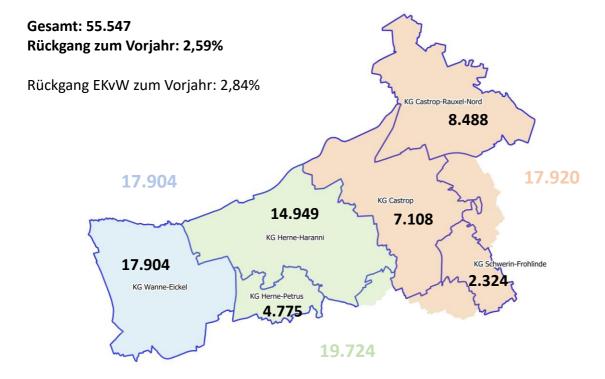
Durch Corona und Kriegsgeschehen in der Ukraine und in Nahost und alle damit verbundenen Auswirkungen für Gesellschaft und Kirche.

Niemand wird mehr sagen können, das geht uns nichts an und berührt uns nicht.

Ich vermute, dass uns das Gefühl, in einem permanenten Umbruchprozess zu sein, der uns frühere Sicherheiten nimmt und ständig vor neue Herausforderungen stellt, auch nicht mehr verlassen wird. Es ist längst der Normalzustand, nicht nur in meinem Amt.

³ https://rp-online.de/panorama/religion/kritik-von-laschet-kirchen-vernachlaessigen-dienst-an-dergesellschaft aid-112879097</sup>

Gemeindegliederzahlen 31.12.2023



Jetzt ist die lang schon vorhergesagte Situation tatsächlich da: der Mitgliederschwund der Kirche schlägt auf die Finanzkraft durch, weil dieser Trend nicht mehr durch eine konjunkturbedingte Kirchensteuermehreinnahme überkompensiert wird.

Jetzt sind die notwendigen Strukturanpassungen tatsächlich unausweichlich.

Jetzt beginnt uns die Haushaltslage auf allen Ebenen so sehr zu drücken, dass wir Sparmaßnahmen vornehmen, Prioritäten und Posterioriäten setzen müssen.

Und wir sehen eine Kirche voraus, die vermutlich in zehn Jahren kaum mehr so dastehen wird, wie wir es jahrzehntelang gewohnt waren.

Der Kirche gehen absehbar nicht nur die Mitglieder verloren, sondern auch die finanziellen Mittel und das hauptamtliche Personal.

Das wird unausweichlich Folgen haben für ihren Bestand an Gebäuden, für ihre Strukturen, für ihre Gestaltungskraft und auch für ihr Leitungshandeln.

Jetzt wird uns auch keine günstige Konjunkturlage mehr retten.

Der Krieg in der Ukraine hat die erwarteten wirtschaftlichen Folgen, und das schlägt jetzt auch auf die Steuereinnahmen durch. Für die Haushaltsplanung 2025 wurde in der EKvW mit einem Kirchensteuerrückgang von -3,5 % gegenüber dem Planjahr 2024 kalkuliert.

2024 ist, um Elizabeth II. zu zitieren, das "Annus horribilis", das schreckliche Jahr, das Krisenjahr an sich für unsere westfälische Landeskirche.

Wir haben gleichzeitig ein Führungs-, Haushalts- und Personalproblem zu bewältigen. Der Rücktritt unserer Präses Annette Kurschus, so einzigartig er aufgrund der besonderen Umstände durch den öffentlichen Druck infolge des Missbrauchsfalls im Kirchenkreis Siegen auch war, spiegelt wie in einem Brennglas die Krisensituation, in der sich unsere Kirche insgesamt befindet.

Auf einmal kommt alles zusammen: Nicht nur das Präsesamt ist neu zu besetzen - und ein Jahr nach dem Rücktritt von Annette Kurschus ist die Lage, was eine Person in der Nachfolge betrifft, völlig offen. Immerhin gibt es aber mit einem Datum Ende März 2025 seit wenigen Tagen einen Termin für eine Sondersynode der EKvW zur Wahl einer Person, die wir heute noch nicht kennen...

Auch der landeskirchliche Haushalt ist in eine Schieflage geraten. Ein Haushaltsloch, das durch kleinere Korrekturen nicht mehr zu stopfen ist. Die Liquidität ist absehbar akut gefährdet, wenn jetzt nicht umgesteuert wird.

Die Situation erfordert ein **Haushaltssicherungskonzept (HSK)** für den landeskirchlichen 9 %-Haushalt. Der Stand der Umsetzung des Projektes wurde auf der Landessynode vom 24.-27. November vorgestellt. Das HSK hat dabei nicht weniger zu leisten als bis 2028 den Haushalt auszugleichen. Und das wird schwer genug, im Blick auf ein jährliches Defizit von jeweils um die 25 Mio. Euro.

Die Verunsicherungen sind überall greifbar.

Sie lösen auch eine Personalfluktuation mit weitreichenden Folgen aus.

Am Erleben der zurückliegenden drei Landessynoden zeigt sich mir persönlich: Ist man erst einmal in der Haushaltssicherung, ist es für einen abgestimmten **Strategieprozess**, der darüber entscheiden kann, was an Aufgaben auch weiterhin unser kirchlicher Auftrag sein soll und was zu reduzieren bzw. auch ganz aufzugeben ist, schon zu spät.

Auf der Ebene unseres Kirchenkreises und unserer Gemeinden sollte das möglichst vermieden werden – wenn denn die Zeit dafür noch bleibt.

Auf der Sondersynode am 17. Januar und der Sommersynode am 15. Juni haben wir, vorbereitet durch jeweils einen konzentrierten **Strategie**workshop von wenigen Tagen, zunächst die Arbeitsbereiche Kinder und Jugend und die Fachstelle Eine Welt als Kennzeichen und wichtige Aufgaben des Ev. Kirchenkreises Herne identifiziert und entsprechend personell und finanziell ausgestattet.

Wir haben also nicht nur gemeinsam Erfahrungen gesammelt, sondern die Zeit genutzt, die uns bleibt.

Gemeinsam mit KSV und Synodalem Finanzausschuss plädiere ich heute auf der Kreissynode weitergehend für die Durchführung eines konzentrierten **Strategie** *prozesses* im kommenden Jahr 2025, der die Gesamtheit der Aufgaben des Kirchenkreises in den Blick nimmt und die finanziellen Wechselwirkungen untereinander berücksichtigt, damit wir in die Lage kommen, die notwendigen langfristigen Haushaltsentscheidungen auf der Basis eines synodalen Abstimmungsprozesses zu treffen, *bevor* das Damoklesschwert einer kurzfristigen Haushaltssicherung uns ereilt.

Dabei sollen sich konkrete Maßnahmen, die den geringer werdenden Kirchensteuerzuweisungen Rechnung tragen, bereits in der **Aufstellung des Haushaltes 2026** niederschlagen.

Das setzt allerdings eine synodale Mitwirkung und ein Interesse an den uns gemeinsam angehenden Fragen und Aufgaben voraus. Ich bin gespannt, ob wir dafür auf unserer Synode genügend Motivation erzeugen können oder durch die gegenwärtige Aufgabenfülle schon zu ausgelastet und gelähmt sind.

III. Neukonstituierung der Gremien

Mit der Kirchenwahl im Frühjahr 2024 begann die vierjährige Synodalperiode bis 2028. Die Gremien, zum Teil neu zusammengesetzt, haben inzwischen in die Arbeit gefunden. In einem Gespräch mit dem Nominierungsausschuss vor ein paar Wochen, haben wir uns dahingehend verständigt, dass es künftig noch mehr als bisher darauf ankommt, sich im Bezug auf Bedarfe, Aufgaben und Profile eng miteinander abzustimmen, wenn Wahlen anstehen oder Berufungen auf kreiskirchlicher Ebene erfolgen sollen, auch in der laufenden Synodalperiode.

Mit dem Beschluss der **neuen Kreissatzung** auf unserer Sommersynode tritt zum 1. Januar 2025 ein Instrument in Kraft, das die synodale Arbeit auf allen Ebenen flexibilisiert und auch den Nominierungsausschuss entlasten kann.

Zum einen ist die Zahl der *ständigen synodalen Ausschüsse* drastisch reduziert worden, zum anderen wird die Möglichkeit beschrieben, für einen bestimmten Zeitraum oder die konkrete Bearbeitung eines Themas *beratende Ausschüsse* einzusetzen, die dann wieder aufgelöst werden, wenn ein Ergebnis vorliegt.

Es macht in Zeiten knapper werdender Ressourcen Sinn, sich nicht nur alle vier Jahre einen Überblick zu verschaffen und dann zu entscheiden, welche Gremien und Beauftragungen in der jeweils kommenden Synodalperiode besetzt werden können, sondern auch in der laufenden Synodalperiode agil zu arbeiten. Denn es ist deutlich spürbar, dass der mögliche Personalpool auch für kreiskirchliche Aufgaben knapper wird.

In den meisten Fällen ist es noch gelungen, für die zu besetzenden Stellen in unseren kreiskirchlichen Gremien genügend interessierte, motivierte und auch kompetente Personen zu finden. Dafür können wir nur dankbar sein. Die Zeiten, in denen es für bestimmte Aufgaben eine Wahl in Alternativen gab, scheinen jedoch erst einmal vorbei zu sein. Unbesetzt ist trotz intensiver Suche bedauerlicherweise die Besetzung des KSV durch ein Mitglied nach dem *Jugendbeteiligungserprobungsgesetz (JBEG)*.

In unseren **Kirchengemeinden** ist die Besetzung der Presbyterien mit leichten Schwankungen vorläufig gesichert, auch wenn sich durchaus die sorgenvolle Frage stellt, wie lange das wohl noch so bleiben wird. Denn die Aufgaben, denen wir uns zu stellen haben, sind enorm. Wir müssen einige Umbauarbeiten an unserer evangelischen Kirche vollziehen und diese vor Ort in den Gemeinden vertreten. Dabei wird es durchaus auf Konfliktfähigkeit und Resilienzvermögen ankommen, wenn es etwa um Beschlüsse zur Aufgabe von Gebäuden und Kirchenschließungen kommt. In der Ev. Kirchengemeinde Wanne-Eickel ist dies konkret im kommenden Jahr der Fall und das Presbyterium der Ev. Kirchengemeinde Haranni hat diese Planungen aktuell für drei ihrer Kirchen in einer Gemeindeversammlung am 31. Oktober vorgestellt.

Mir scheint es umso wichtiger, dass wir im Kirchenkreis Möglichkeiten und Formen vorhalten, um **Presbyterinnen und Presbytern einen Austausch** miteinander zu ermöglichen und auch Angebote der Weiterbildung. Hier nenne ich die Rüstzeit auf Norderney alle zwei

Jahre, die ich, coronabedingt, im Januar 2024 überhaupt zum ersten Mal mit Presbyterinnen und Presbytern aus den Kirchengemeinden verbringen konnte. Die Kraft und die Ermutigung, die aus der Vernetzung untereinander erwächst, ist nicht zu unterschätzen. Eine solche Möglichkeit zumindest für einen Tag in dem Jahr anzubieten, in dem keine Rüstzeit geplant ist, würde ich gerne schaffen. Die Premiere wäre dann im kommenden Jahr.

Im notwendigen Umbau der Kirche in Herne und Castrop-Rauxel bemühen wir uns nach wie vor auch um ein lebendiges und attraktives Gemeindeleben. Die Aufgaben ruhen dabei auf immer weniger Schultern. Man könnte die Größe der Aufgabe resignieren. Das tun unsere Presbyterinnen und Presbyter und die anderen Ehrenamtlichen nach meinem Eindruck aber nicht, wenn ich z.B. auf die Webseiten der Gemeinden schaue.

Die regionale Zusammenarbeit in den drei Synodalregionen empfinde ich als Zeichen für wachsende Kooperationsbereitschaft auch über Gemeindegrenzen hinweg.

Natürlich folgt das einer Logik des künftigen Bedarfs und wird deshalb von mancher Seite auch nur halbherzig und widerwillig betrieben, das beobachte ich schon auch...

Insgesamt lässt sich aber feststellen, dass sich immer dann eine Dynamik und ein verstärkter Wille zur Zusammenarbeit entwickelt, wenn die Kooperation in konkreten Projekten Gestalt gewinnt.

So wird es in der Synodalregion Castrop-Rauxel im kommenden Jahr ein zweites, diesmal von den drei Gemeinden übergreifend organisiertes gemeinsames **Tauffest** geben. Beim Tauffest 2023 lag die Initiative noch beim Kirchenkreis und ich freue mich, dass sie aufgenommen wurde.

In diesem Zusammenhang ermutige ich die Gemeinden und Synodalregionen ausdrücklich zur Arbeit an gemeinsamen Gottesdienstprogrammen und -formen. Ein in Uhrzeiten, Tagzeiten, Formaten und Orten aufeinander abgestimmtes Gottesdienstkonzept kann Kräfte nach innen freisetzen und durch ein attraktives Angebot nach außen wiederum gleichzeitig Entlastung nach innen schaffen. Hier hoffe ich sehr, dass z.B. das in vielen Gemeinden der Landeskirche etablierte Format der **Sommerkirche** noch mehr als bisher Schule macht.

Nicht jedem mag diese Entwicklung gefallen und bisweilen gibt es auch heftigen Widerstand. Auf Dauer ist ein so differenziertes (Gottesdienst-)Angebot meiner festen Überzeugung nach jedoch alternativlos.

Überhaupt ermutige ich zur Arbeit an Entlastungsstrukturen, die für alle Gemeinden von Vorteil sind. Sie lassen kreative Ideen und Lösungen entstehen und tragen dazu bei, dass Kirche im öffentlichen Raum sichtbar wird und Neugier weckt!

Natürlich scheint die Gemeinde leichter zu überzeugen sein, wenn die Not tatsächlich gegeben ist. Aber es wird nicht möglich sein, die Zusammenarbeit und ein Gefühl für Zusammengehörigkeit erst dann zu erzeugen, wenn gar keine anderen Möglichkeiten mehr verbleiben. Dann wird der Schock der Reduktion vielmehr nur umso härter sein, weil nichts vorbereitet ist an notwendiger Zusammenarbeit. Das lässt unsere Gemeinden im Ungewissen und lastet den dann verbleibenden Personen, die die pastorale Versorgung verantworten, eine unzumutbare Last auf.

Es gilt also die Zeit zu nutzen, die uns jetzt noch bleibt, um künftige Veränderungen vorzubereiten.

Eine landeskirchlich finanzierte Pfarrstelle für Vertretungsdienst im Übergang, die wir in

diesem Jahr zu je 50% mit einer Pfarrerin besetzen konnten, trägt zur Unterstützung bei.

IV. Pastorale Versorgung in den Kirchengemeinden

Der pastorale Dienst wird in der EKvW von Pfarrpersonen wahrgenommen, zunehmend gemeinsam mit Personen anderer Berufsgruppen mit besonderer Qualifikation im Rahmen der Konzeption der *Interprofessionellen Pastoralteams (IPTs)*. Nach einer Pilotphase geschieht das seit 2021 in einem Regelkonzept.

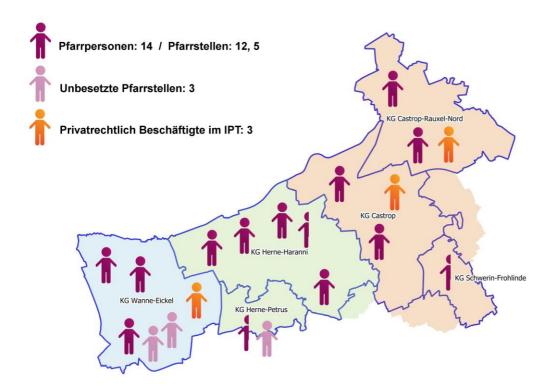
In drei der sechs Gemeinden im Kirchenkreis gibt es ein solches IPT. Dabei wird deutlich, dass die konzeptionelle Beschreibung der Teamarbeit, die Teamfähigkeit der Mitglieder und die Teamorganisation an vielen Stellen herausfordernd ist, was auch an den etablierten Strukturen und Arbeitsweisen unserer Kirche liegt.

So haben die drei Diakone in den IPTs im Kirchenkreis in den Presbyterien und in der Kreissynode lediglich einen Sitz- und Beratungsauftrag, jedoch kein Stimmrecht. Eine Regelung an dieser Stelle ist Bestandteil der Revision der Kirchenordnung der EKvW.

Die Stellenplanung für die IPTs erfolgt unter Berücksichtigung der vom Landeskirchenamt nach §4 Pfarrstellenbesetzungsgesetz freigegebenen vorhandenen Pfarrstellen.

Für die Gesamtzahl aller Vollzeitstellen in einem IPT sollte insgesamt möglichst nicht weniger als eine Vollzeitstelle pro 3.000 Gemeindeglieder zur Verfügung stehen. Dies sollte auch dann der Fall sein, wenn sich der Pfarrstellenkorridor von 1:3.000 zum 1. Januar 2026 auf 1:4000 erhöht, da ab diesem Zeitpunkt ein drastischer Rückgang an zur Verfügung stehenden Pfarrpersonen absehbar ist.

Das hat für den Kirchenkreis unmittelbare Folgen für die Personalplanung/ den Umgang mit freien Pfarrstellen, sowohl strukturell und finanziell wie auch inhaltlich. Ein IPT kann nur gut funktionieren, wenn das Rollenverständnis von Pfarrperson und privatrechtlich beschäftigter Person geklärt und damit verbundene Aufgaben präzise zugeschnitten und konzeptionell festgeschrieben sind.



V. Die Veröffentlichung der ForuM-Studie und ihre Folgen

Ende Januar 2024 wurde die sog. ForuM-Studie veröffentlicht, die sich mit den Fällen und der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in Kirche und Diakonie befasste. Die Ergebnisse der Studie, für die ein Forschungsverbund verantwortlich zeichnet, haben auf bundespolitischer Ebene eine große Resonanz gehabt, bei uns im Kirchenkreis hingegen gar keine. Nach Veröffentlichung der Studie habe ich mit Anfragen unserer örtlichen Medien zu diesem Thema gerechnet, doch die blieben aus.

Das kann daran liegen, dass wir bisher von der Aufdeckung von Missbrauchsfällen, die in der Regel eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erzeugen, in unserem Kirchenkreis verschont geblieben sind oder bei den Meldefällen im Zeitraum, den ich überschauen kann, professionell und auch im Umgang mit der Presse proaktiv gehandelt haben. Im Übrigen haben sich alle angezeigten Fälle nach juristischer Begutachtung als haltlose Beschuldigungen erwiesen. In anderen westfälischen Kirchenkreisen sieht das zum Teil ganz anders aus. Dort ist man mit der Aufarbeitung von gemeldeten und zu Tage getretenen Missbrauchsfällen stark beschäftigt (wie etwa in Siegen-Wittgenstein, Lüdenscheid-Plettenberg, Unna oder Minden) und sieht sich durch die berechtigten Anfragen einer kritischen Öffentlichkeit herausgefordert.

Zweifellos ist die Zahl der gemeldeten Fälle deutlich gestiegen, seitdem es das Kirchengesetz zum Schutz vor sexualisierter Gewalt in der EKvW gibt, das von der Landessynode im Herbst 2020 beschlossen wurde und seit dem 1. März 2021 in Kraft getreten ist. Das liegt nicht unbedingt daran, dass es seither in vermehrter Zahl Fälle von sexualisierter Gewalt in der Kirche gibt. Vielmehr fühlen sich Betroffene von sexualisierter Gewalt durch die neu implementierten Strukturen von kirchlichen Meldestellen, Notfallplänen, Hilfsangeboten und Anerkennungsleistungen in ganz anderer Weise als früher ermutigt, die ihnen widerfahrenen Erlebnisse zu melden.

Dies macht deutlich, dass wir mit den mittlerweile installierten Präventionsmaßnahmen und Aufarbeitungskonzepten ein Vertrauen erzeugen und zurückgewinnen können.

Die ForuM-Studie hat deutlich gemacht, dass in der Vergangenheit viel zu sehr vom Schutz der eigenen Institution und viel zu wenig von den Betroffenen hergedacht und gehandelt wurde. Betroffene mussten die leidvolle Erfahrung machen, dass ihnen nicht geglaubt wurde. Beschuldigte wurden gestützt und geschützt. Verantwortungsträger sprachen nicht mit den Betroffenen, sondern versuchten das Thema zum Selbstschutz unter der Decke zu halten. Dass in unserem Kirchenkreis bislang kein öffentlichkeitswirksamer Fall von sexualisierter Gewalt zutage getreten ist, muss beileibe nicht bedeuten, dass es diese Phänomene bei uns nicht gibt. Dies anzunehmen wäre fatal. Zu viele Kirchenkreise und Kirchengemeinden mussten das schon als einen schweren Irrtum erkennen. Die Dunkelziffer bei Fällen von sexuellem Missbrauch ist hoch. Sie können im Raum der Kirche genauso vorkommen wie in allen anderen Lebensbereichen auch.

Die ForuM-Studie hat sogar ziemlich schonungslos offengelegt, dass es *gerade* in der Ev. Kirche einige besonders begünstigende Faktoren für sexualisierte Gewalt gibt. Dazu gehört der große Vertrauensvorschuss, der der kirchlichen Arbeit und ihren Verantwortungsträgern entgegengebracht wird. Außerdem die flachen Hierarchien, die Auflösung von gesunder Distanz in einer Art Familienstruktur, wo die kritische Auseinandersetzung nur verhalten und unter einem gewissen Harmoniezwang ausgelebt wird. Das macht es schwierig, im

Verdachtsfall mit der erforderlichen Konsequenz einzuschreiten und Verantwortlichkeiten klar zu benennen und zu sanktionieren.

Die Studie hat ein besonders sensibles Thema berührt, indem es auf die spezielle Art der Machtausübung in unserer Kirche hingewiesen hat. Das Selbstbild einer partizipativen Kirche, in der grundsätzlich nach einmütigen Entscheidungen gesucht wird, macht unter Umständen blind für die subtilen Formen von Machtmissbrauch.

Es wäre fatal, das Thema jetzt immer noch kleinzureden oder womöglich abzuwehren. Aus Betroffenenperspektive wird erwartet, dass wir uns unserer Verantwortung stellen und alles dafür tun, dass Fälle der Vergangenheit aufgearbeitet werden und sich nicht wiederholen.

Nancy Janz, Betroffenenvertreterin im Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt der EKD war zu Gast auf der Landessynode. Ihre Rede im Plenum war schonungslos offen und ich empfehle sie zur Lektüre. ⁴

Mit den Kirchenkreisen Gelsenkirchen/ Wattenscheid und Bochum verantworten wir das Thema **Präventionsarbeit** gemeinsam. Schulungen der Gremien und Einrichtungen durch ausgebildete Multiplikatorinnen/ Multiplikatoren sind überall etabliert. Die Bausteine für die **Schutzkonzepte** in den Kirchengemeinden, den Referaten und Diensten und für den Kirchenkreis werden nach und nach durch einen hohen Einsatz der Präventionsfachkraft Theresa Thater mit den Beteiligten entwickelt, weiterentwickelt und überprüft. Als solche bleibt die Präventionsarbeit eine ständige Aufgabe.

VI. Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität

Das Klimaschutzkonzept der EKvW nennt als Ziel die Klimaneutralität bis 2035. Das ist nicht mehr allzu lange hin, wir haben bis dahin noch einen langen Weg vor uns. Es ist deutlich, dass wir das Ziel nur über eine deutliche Reduzierung unserer alten Gebäudesubstanz erreichen können. So verbinden sich die Klimaschutzziele mit den Erfordernissen einer Gebäudereduktion, die auch aus wirtschaftlichen Gründen angeraten ist. Die verbleibenden Gebäude müssen wir allerdings klimaneutral ertüchtigen. Dafür werden erhebliche Mittel aufzubringen sein.

Neben öffentlichen Fördermitteln werden uns dafür die Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, die wir aus den 4% der Kirchensteuereinnahmen für die Klimaneutralität (Abrechnungsobjekt 030415) ansparen. Wie diese auf Kirchenkreisebene gesammelten Mittel sinnvoll eingesetzt werden können, damit wird sich ein Klimamanagement beschäftigen und Kriterien erarbeiten, auf die wir uns synodal verständigen.

Leider sind wir im Hinblick auf das Klimamanagement im Kirchenkreis noch nicht so weit, wie wir uns das auf der Sommersynode 2022 vorgestellt haben, da es bei der Sicherung der öffentlichen Förderung, für uns Voraussetzung für die Einstellung einer Klimamanagerin/ eines Klimamanagers, auf Seiten der Fördermittelgeber zu einer erheblichen zeitlichen Verzögerung gekommen ist. Die Förderzusage der Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG)

⁴ https://www.evangelisch-in-westfalen.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/2024/11_November/SynodeWestfalenRedeJanz.pdf

gGmbH wurde erst vor wenigen Wochen uns in Aussicht gestellt, so dass der Kirchenkreis die Einstellung einer Klimamanagerin/ eines Klimamanagers zum 1. April 2025 anstreben könnte.

VII. Kindergartengemeinschaft

Die Kreissynode hat sich vor etwa zwölf Jahren darauf verständigt, 1. Mio. € der Kirchensteuerzuweisung an den Kirchenkreis Herne für die Finanzierung der Arbeit der Kindergartengemeinschaft zu verwenden. Der finanzielle Bedarf liegt jedoch seit ungefähr zehn Jahren über dieser Marke und wird auch im kommenden Jahr mit einem Ansatz von rund 1,2 Mio. € in den HH-Plan eingestellt. Die realen Kosten der Kindergartengemeinschaft liegen aber faktisch noch deutlich über diesem Ansatz.

Um diese Arbeit weiterführen zu können, braucht es dringend eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen. Dazu gehört vor allem eine **Entlastung von den Trägeranteilen**. Das ist in der Politik noch nicht überall angekommen. Kirchliche Träger gelten nach der Gesetzgebung immer noch als sog. "reiche Träger". Vielfach wird den Kirchen entgegengehalten, dass sie aufgrund der Kirchensteuereinnahmen doch eine viel bessere Ausgangslage hätten als andere freie Träger. Diese Einschätzung entspricht vor dem Hintergrund der sich immer stärker reduzierenden Kirchensteuermittel allerdings nicht mehr den Tatsachen. Dies gilt es im Gespräch mit den Verantwortlichen aus Kreis-, Kommunal- und Landespolitik immer wieder deutlich zu machen.

Es besteht eine öffentliche Verantwortung für die Bereitstellung von Kindergartenplätzen und die Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Allerdings ist ein weiteres Entgegenkommen der Kommunen in der freiwilligen Übernahme kirchlicher Trägeranteile nicht selbstverständlich, weil auch dort die Haushaltslage immer angespannter wird und weitere freiwillige Zuschüsse nahezu ausgeschlossen sind, wenn sich Kommunen bereits in der Haushaltssicherung befinden.

Auf eine Verbesserung der Lage zu hoffen, die durch die für 2026 angekündigte Revision des KiBiz als Hoffnungsschimmer erscheint, könnte trügerisch sein. Aktuell ist auf Landesebene vor dem Hintergrund von Haushaltsknappheit und bewusster Kürzungspolitik gerade in den sozialen Bereichen nicht damit zu rechnen, dass 2026 mehr Geld ins System kommt.

Ganz im Gegenteil. Über 32.000 Menschen haben am 13. November auf den Rheinwiesen in Düsseldorf an der Großkundgebung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW zu "NRW bleib sozial" teilgenommen, um gegen die geplanten Kürzungen der Landesregierung im Sozialbereich aufzustehen und sich für ein soziales NRW einzusetzen. Kürzungen und Streichungen auf dieser Ebene haben unmittelbare Auswirkungen auch auf unsere Kindergartenarbeit vor Ort.

Es wird also unausweichlich sein, dass wir uns auch strategisch neu auf die gegebene Situation ausrichten. Dies konkret zu tun, wird ein Bestandteil des geplanten Prozesses sein, denn es wird mehr denn je darauf ankommen, dass wir hier streng auf die betriebswirtschaftliche Auskömmlichkeit achten müssen. Das strukturelle Defizit in der Kindergartengemeinschaft, das wir seit Jahren im HH-Plan fortschreiben, muss ausgeräumt werden. Ein Weiter-So kann es nicht geben.

Wir werden künftig viel stärker darauf achten müssen, welche Einrichtungen in Bezug auf die Gebäudesubstanz und die Gruppenstärke zukunftsfähig sind und welche nicht. Insgesamt werden auch die Anzahl und die Verteilung der Standorte unserer Einrichtungen zu überprüfen sein, wenn wir weiterhin darin übereinstimmen, dass wir aus inhaltlichen

Gründen weiter an der Arbeit festhalten wollen.

Die Krise auf der Leitungsebene der Kindergartengemeinschaft und schließlich die Trennung vom Geschäftsführer waren Anlass, sich im Leitungsausschuss mit der Erarbeitung einer tragfähigen Leitungsstruktur zu beschäftigen und diese zu installieren. Der Prozess, in dem das Beratungsunternehmen Xpand und auch ein Interimsgeschäftsführer wichtige Hilfestellung gegeben haben, ist noch nicht vollständig abgeschlossen, denn die Stelle einer Referatsleitung konnte noch nicht besetzt werden. Mit Anna Schröder konnte jedoch die Stelle einer Leitenden Pädagogischen Fachberatung besetzt werden. So kehrt hoffentlich auch wieder Ruhe in die Arbeit der Mitarbeitenden in den Tageseinrichtungen ein, die zusätzlich durch den Arbeitskräftemangel oftmals über die Grenze ihrer Belastbarkeit gefordert waren. Ich nenne aber auch die Mitarbeiterinnen in unserer kreiskirchlichen Verwaltung, die hier viel kompensiert haben und die unter vergleichbaren Bedingungen und persönlichem Einsatz für das Gebiet gearbeitet haben. Das ist nicht selbstverständlich.

VIII. Zukünftige Finanzverteilung im Kirchenkreis

Auf der zurückliegenden Synode am 15. Juni 2024 haben wir eine neue Finanzsatzung beschlossen, die genau wie die Kreissatzung ab dem 1. Januar 2025 in Kraft tritt und das Grundlegende regelt.

Die Diskussion um das landeskirchliche Haushaltssicherungskonzept hat gerade erst deutlich gemacht, dass Sparmaßnahmen ohne inhaltliche Grundentscheidungen kaum möglich sind. Es braucht einen vorgelagerten Strategieprozess, um sich bewusst zu machen, was wir als Kirche unter den immer deutlicher zu Tage tretenden Bedingungen der näheren Zukunft noch tun wollen und können und was wir in unserer Arbeit künftig verändern, deutlich reduzieren, aber auch streichen müssen. Deshalb braucht es den schon mehrmals genannten Strategieprozess, der der Synode ermöglicht, sich dann auch inhaltlich über das Profil des Kirchenkreises zu verständigen. Das Ziel, das ich damit verbinde, ist, dass wir uns dann im Herbst 2025 konkret über die Finanzverteilung neu abstimmen können. Es kommt also – nicht nur – in den kommenden Monaten auf eine gute Kommunikation zwischen den synodalen Gremien und der Verwaltung an.

Der Verband der Verwaltung hat mit dem Kreiskirchenamtes an der Emscher am 1. Januar 2024 und dem Umzug an den Nordsternpark seine Arbeit aufgenommen. Noch sind nicht alle organisatorischen Abläufe eingespielt und die Teams zusammengewachsen, zusätzlich belastet eine hohe Arbeitsdichte die Mitarbeitenden, die sich – da kann ich nur im Blick auf den Kirchenkreis Herne sprechen - weiterhin mit hohem persönlichem Engagement einsetzen, um den Kirchengemeinden, Einrichtungen und Diensten zuzuarbeiten. Mit Carrie Bettenhausen wird zum 1. Januar 2025 eine Verwaltungsleiterin ihren Dienst antreten, die die Herausforderungen sehr genau im Blick hat. Der Verbandsvorstand hat sich in sehr großer Einmütigkeit für sie in der Nachfolge von Burkhard Feige ausgesprochen, dessen berufliche Tätigkeit im Kirchenkreis und im Verband mit dem heutigen Tag endet.

Die angespannte Haushaltslage bringt uns in eine neue Verantwortung füreinander. Die Verordnung über das Finanzwesen der Evangelischen Kirche von Westfalen (FiVO) weist dem KSV die Aufgabe zu, sämtliche Haushalte der Kirchengemeinden zu genehmigen. Das ist vor dem Hintergrund, dass die Finanzgemeinschaft letztlich in einer Gesamthaftung für die finanzielle Auskömmlichkeit steht, nachvollziehbar.

Die Rolle des KSV ist aber nicht nur eine aufsichtliche, sondern auch eine beratende und begleitende. Es kommt auf das gute Zusammenspiel aller kirchlichen Ebenen an.

Dem engen Austausch zwischen Kirchengemeinden, Verwaltung und Kreissynodalvorstand dienen die **Tagesvisitationen**, mit denen der KSV im kommenden Jahr beginnt. Für einen Tag von 9 bis 21 Uhr besuchen Mitglieder des KSV eine Gemeinde unter einer besonderen Fragestellung. Der Tag schließt mit einem Gespräch zwischen KSV und Presbyterium. Konkrete Vereinbarungen werden getroffen und nachgehalten. Detaillierte Informationen verschicken wir im Anschluss an die KSV-Klausur, die im Februar 2025 stattfindet.

IX. Ermutigung und Ausrichtung

Zweifellos befindet sich unsere Kirche in einer Dauerkrise. Diese Situation ist aber nicht nur als Abwärtsspirale zu sehen, sondern sie als Herausforderung zum notwendigen Umbau unserer Kirche zu begreifen, darauf wird es in der Synodalperiode bis 2028 ankommen.

Ich sehe in unserem Kirchenkreis und in den Synodalregionen noch viel Potential und Motivation, diese Aufgabe anzunehmen und sie zu gestalten. Dabei helfen alle mit, die an den verschiedenen Stellen in unserem Kirchenkreis bewusst Verantwortung übernehmen. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank zum Schluss!

Ich erlebe genügend Menschen in unserem Kirchenkreis, die eine Antwort wissen auf die Frage, warum sie das alles tun, warum sie sich engagieren und teilweise schon so lange in ihren Verantwortungs- und Arbeitsbereichen tätig sind.

Die Antwort auf die Frage nach dem Warum ist entscheidend. Sie wird auch immer entscheidender werden in einer Zeit, in der uns die Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten früherer Jahrzehnte abhandenkommen.

Wir werden in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft sicher künftig auch immer öfter angefragt werden, warum es uns als Kirche überhaupt gibt und welchen Sinn und Nutzen wir selbst darin sehen, sich für sie zu engagieren.

In dieser Hinsicht, und damit schließt sich der Kreis zum Anfang meines Berichtes, können Krisenzeiten sogar etwas Befreiendes und Klärendes an sich haben. Sie zwingen uns dazu, uns zu positionieren und unser Glauben, Tun und Reden zu hinterfragen.

Die "segensreiche Weltgestaltung" (s.o.) entspringt der Erwartung des Endes, genauer gesagt, des Advents.

Eine gesegnete Adventszeit wünsche ich Ihnen allen in den kommenden Wochen.

Mit einer Hochzeit habe ich diesen Bericht begonnen und mit dem Ausblick auf eine Hochzeit möchte ich ihn beschließen.

Am 20. September 2025 wird der Kirchenkreis ein **PopUp-Hochzeitsfestival** in Park und Kapelle von Schloss Strünkede veranstalten. Dazu haben erste Absprachen bereits stattgefunden, bald schon folgen detaillierte Informationen.

Ein Vorgeschmack:

https://www.youtube.com/watch?v=IGxU09LHULg

Vielen Dank!